



KLAR TEXT

Liebe Genossinnen und Genossen,

„Keiner darf verloren gehen - Bildung von Anfang an!“

Unter diesen Mottos stehen zwei Kampagnen der BayernSPD und der SPD-Landtagsfraktion. Sie sollen die Menschen darauf aufmerksam machen, wohin das Bayerische Bildungssystem zu steuern droht.

Sparwahn der Staatsregierung

Der Sparwahn der Bayerischen Staatsregierung hat längst auch unser Bildungssystem erreicht. Während mit dem neuen Bildungs- und Erziehungsplan im Bereich der Kindertageseinrichtungen der richtige Weg beschritten wird, macht man durch das neue Finanzierungsmodell im Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz (BayKiBiG) dessen Umsetzung in der Praxis fast unmöglich.

Bildungschancen für alle!

Büchergeld und Studiengebühren sorgen dafür, dass Bayern seine Spitzenstellung weiter ausbaut wenn es darum geht, Bildungschancen vom Geldbeutel der Eltern abhängig zu machen.

Wie wichtig der CSU Bildung ist, erkennt man letztlich auch daran, dass durch die Verwaltungsreform freigesetzte Staatsdiener wie Förster, Verwaltungskräfte und Vermessungsbeamte als Lehrkräfte an unseren Schulen eingesetzt werden sollen. Jedem Kind muss von Anfang an der Zugang zu Bildung und bestmöglicher Förderung offen stehen. Nur so werden die Menschen und Bayern den Anforderungen der Zukunft gewachsen sein.

Eure

Christa Naab

Bessere Bildung für Bayern!

CSU-Politik heißt Auslese, Rotstift und Kopflösigkeit - SPD hat Alternativen

(cz) Die bayerische Bildungspolitik ist geprägt von der Kopflösigkeit einer Ministerin, die vor allem um ihren Ministersessel kämpft, und Rotstiftpolitik.

Folgen der „Reformen“

Eine schlecht vorbereitete „Reform“ jagt die andere: Sechstufige Realschule, achtjähriges Gymnasium oder frühere Einschulung



sind nur einige Schlagworte, Unterrichtsausfall und LehrerInnenmangel die Folgen.

Soziale Herkunft entscheidet

Bildung hängt heute noch stärker vom Geldbeutel der Eltern ab als früher. Die BayernSPD hat klare Alternativen entwickelt: Keiner darf verloren gehen!

Schwerpunktthema Bildung auf Seite 3.

Zukunft der Arbeit aus regionaler Sicht

Veranstaltungsreihe zur Programmdebatte beendet - Mitglieder beteiligt

(mb) Im November 2005 gibt sich die SPD ein neues Grundsatzprogramm. Mit der Veranstaltungsreihe "Zukunft der Erwerbsarbeit" arbeitete die MittelfrankenSPD die wesentlichen Aspekte der Programmdebatte für unsere Region heraus.

„Gestaltung der Globalisierung in Industrie, Mittelstand und Handel“, „Sozialwirtschaft und demografischer Wandel“ sowie „Kommunalwirtschaft und öffentliche Infrastruktur“ waren die Themen der drei Veranstaltungen.

Namhafte Experten

Für die Podien gewann die MittelfrankenSPD namhafte Experten: U.a. OB Uli Maly, der DGB-Chef der Industrieregion Mittelfranken, Stephan Doll, Bezirksrätin Gabi Köpflinger und Dr. Stephan Tenge vom Energieunternehmen N-ERGIE.



Diskutierten in Stein: Stephan Doll, Arbeitsrechtler Marc-Oliver-Schulze, Michael Bischoff, IG-Metall-Funktionär Wolfgang Hollenbach, Christa Naab

Programm hochaktuell

Dr. Helmut Pfister, Mitglied der Programmkommission auf Landesebene, stellte das Berliner Programm vor, das Grundlage der Debatte ist. „Mit seiner Parteinahme für Arbeitnehmer und für die demokratische Kontrolle der Wirtschaft ist es hochaktuell“, so Pfister. Der stellvertretende Bezirksvorsitzende Michel Bischoff fasste als Organisator der Veranstaltungen die wesentlichen Ergebnisse zusammen: „Der Kampf für Arbeitnehmerrechte und faire Märkte für Handwerk und Mittelstand ist aktu-

eller denn je. 25%-Renditeutopien von Ackermann & Co sind auch eine Kampfansage an Zulieferer, Handwerker und Kleinunternehmer.“

Solidarische Finanzierung wichtig

Der Sozialbereich benötige in Zukunft viele qualifizierte Arbeitsplätze. „Unser Programm muss die solidarische Finanzierung von Betreuungseinrichtungen, Jugendhilfe und Altenpflege einfordern“, so Bischoff. Zustimmung fand Uli Malys Forderung, der Entstaatlichungs- und Privatisie-

rungsdiskussion die Forderung nach einem umfassenden Angebot öffentlicher Infrastruktur entgegenzusetzen.

Inhalt

<i>Sozialdemokratie:</i>	
Aus den Untergliederungen	S. 2/3
Aus den Parlamenten	S. 2
<i>Schwerpunkt:</i>	
Fördern statt Auslesen	S. 3
<i>Argumente:</i>	
Nein zu Studiengebühren	S. 4
Termine	S. 4

Politik machtlos?

Diskussion zur Arbeitslosigkeit

(It) Unter dem Motto „Arbeitslosigkeit - Politik machtlos?“ führte die SPD Feucht bereits die dritte Veranstaltung zum Thema Arbeitslosigkeit durch.

MdL Dr. Thomas Beyer betonte, dass die Rahmenbedingung der Weltwirtschaft sich für Deutschland in den letzten Jahren gar nicht so entscheidend verändert hätten. Globalisierung, Konkurrenz durch Länder mit

niedrigeren Löhnen habe es schon immer gegeben. Das Argument der Globalisierung sei vielfach nur vorgeschoben und werde missbraucht, um den Arbeitnehmern und Gewerkschaften Zugeständnisse abzurufen.

Politik muss eingreifen



MdL Dr. Thomas Beyer im Gespräch mit DGB-Organisationssekretär Olaf Schreglmann und OV-Chef Stefan Dilfer

Die Forderung des Grundgesetzes, dass Eigentum sozial verpflichte, sei durch Aktienboom und Konzentration auf den kurzfri-

stigen Profit weitgehend verloren gegangen, beklagte der SPD-Landtagsabgeordnete. „Politik muss wieder eingreifen wollen - Politik darf sich nicht zurückziehen“, sagte Thomas Beyer. www.spd-feucht.de

Dees führt Jusos

Schwerpunktthema Umweltpolitik

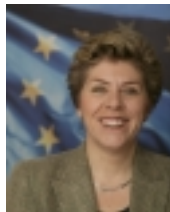
Unter dem Motto „Dann scheint die Sonn' ohn' Unterlass“ fand am 13. Februar die Juso-Bezirkskonferenz 2005 statt. Schwerpunktthema war dabei die Umweltpolitik, wozu die Jusos auch zwei Beschlüsse fassten: Einen Grundsatzantrag zum Thema sowie einen Beschluss zur regionalen Verkehrspolitik. Die Jusos

Fortsetzung auf Seite 3

Nagelprobe Frauenrechte

Druck auf türkischen Premier Erdogan

(sk) Kritik an der Situation von Frauen in der Türkei formuliert die Europaabgeordnete Lissy Gröner, frauenpolitische Sprecherin der SPE-Fraktion, nach einer Anhörung des Frauenausschusses: „Die politische Vertretung von Frauen in der Türkei ist vollkommen inakzeptabel: Nur 4% der Abgeordneten in der türkischen Nationalversammlung sind Frauen, in den Stadt- und Regionalparlamenten sogar nur 1%.“ Gröner fordert, Gewalt, wie Ehrenmorde und Jungfräulichkeitstests sowie die Polygamie zu beenden. Aufs Schärfste verurteilt sie das brutale Vorgehen der Polizei gegen eine Demonstration zum Internationalen Frauentag. Europa will die Situation der türkischen Frauen unter anderem durch eine Bildungsoffensive für Mädchen verbessern und die in ländlichen Regionen teilweise über 25% liegende Analphabetenrate senken.



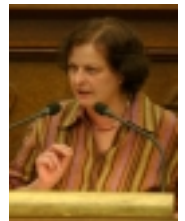
MdEP Lissy Gröner

ten führen. „Dieses kinderunfreundliche Gesetz können wir nicht verhindern aber verändern! Dazu muss Druck durch die Einrichtungen und die Eltern, durch Petitionen und Leserbriefe gemacht werden.“

Berufliche Bildung versagt

MdL Weikert fordert Handeln der Staatsregierung

(rm) „Für die Bayerische Staatsregierung ist das Thema berufliche Bildung praktisch nicht präsent“, kritisiert die Landtagsabgeordnete Angelika Weikert. Schon seit Jahren erhalten viele Jugendliche nach der allgemein bildenden Schule keinen Ausbildungsplatz. Es sei dringend notwendig, von Seiten der Staatsregierung Programme zur Förderung der beruflichen Bildung anzubieten bzw. auszubauen. „Bayern ist hier Schlusslicht in Deutschland. So förderte Bayern seine Berufsausbildung 2004 mit 40 Euro - im Bundesdurchschnitt waren es 250 Euro. Auch beim Angebot von Berufsfachschulen hinkt Bayern hinterher.“



MdL Weikert (Bildarchiv Landtag)

Kindertagesstättengesetz

MdL Hufe organisiert Fachgespräch



MdL Peter Hufe

(ch) Bei einem Fachgespräch über den Entwurf zum Kindertagesstättengesetz der bayerischen Staatsregierung kritisierte Landtagsabgeordneter Peter Hufe den Gesetzentwurf der Staatsregierung: „Der sehr gute Ausbildungs- und Erziehungsplan, der entgegen der Forderung der SPD nicht ins Gesetz aufgenommen werden soll, kann mit diesen

Rahmenbedingungen nicht erbracht werden. Die Verwaltungsarbeiten werden weiter aufgebläht und diese Zeit fehlt dann für die Kinder.“ Hufe befürchtet, dass die finanziellen Vorgaben des Gesetzes in ländlichen Regionen zum Ausbluten der Kindergär-

Erhalt der Bezirke

Bezirksausschuss beschließt SPD-Resolution

(rs) Die SPD-Bezirkstagsfraktion setzt sich für den Erhalt der Bezirke ein. Eine entsprechende SPD-Resolution wurde im Bezirksausschuss fast wörtlich beschlossen. Die SPD reagiert damit auf Aussagen aus der Staatskanzlei, die die Existenz der Bezirke in Frage stellten. „Ohne den Einsatz der Bezirke als Fachstellen und der Bezirkspolitiker als Fachleute in Sachen Entwicklung sozialer Hilfen hätte es den Aufschwung sowohl bei der gesellschaftlichen Integration Behinderter als auch bei der Pflege von Seniorinnen und Senioren nicht gegeben“, begründet Bezirksrat Fritz Körber den Erhalt der Bezirke, die vor allem soziale Aufgaben wahrnehmen.



Fritz Körber

Aktuelle Nachrichten aus den Parlamenten unter www.spd-mittelfranken.de/parlamente

fordern dabei vor allem den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, um die Verkehrsprobleme im Großraum zu lösen.

Frankenschnellweg nicht ausbauen

Einen Ausbau des Frankenschnellwegs lehnen sie ab. Im Rahmen der Bezirkskonferenz wurde Philipp Dees wieder zum Vorsitzenden gewählt. StellvertreterInnen sind Katharina Müller, Andreas Richter, Beate Satzinger, Larissa Scholz, Victor Strogies und Monika Wendler. Die Bezirkskonferenz sprach sich außerdem einstimmig gegen Studiengebühren aus.

www.jusos-mittelfranken.de/beko05

Wahlen in Nürnberg

Vogel weiter Vorsitzender



Der neue Nürnberger Vorstand. Hinten rechts Christian Vogel.

(cv) Der UB Nürnberg hat einen neuen Vorstand gewählt. Vorsitzender bleibt Christian Vogel. Als Stellvertreter bestätigt wurde Dr. Frank Schmidt. Neue stellvertretende Vorsitzende ist Angelika Weikert, MdL.

Schwerpunkt Mitgliederwerbung

Schwerpunkt der Arbeit wird u.a. anderem die Mitgliederwerbung sein, wo der UB Nürnberg eine große Aktion nach dem Motto „gerade jetzt“ gestartet hat. Ziel ist es hier, in den nächsten Monate 250 neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter für die SPD zu gewinnen. Einstimmig wurde ein Bildungsprogramm für Nürnberg beschlossen. Zukünftig wird es zudem einmal im Monat im Karl-Bröger-Zentrum heißen „Kultur Live“ - mit Lesungen Kabarett und weiteren Angeboten.

www.spd-nuernberg.de

AK Polizei gegründet

Sicherheitspolitisches Profil stärken

(sts) Am 14. März gründete sich auf Initiative des sicherheitspolitischen Sprechers der SPD-Landtagsfraktion, Stefan Schuster, und des Fürther SPD-Vorsitzenden und Richter am Amtsgericht, Horst Arnold, der Arbeitskreis Polizei der SPD Mittelfranken.

Fördern statt Auslesen

Von Christofer Zwanzig, stv. SPD-Bezirksvorsitzender

Die PISA-Studie 2003 hat unsere Kritik am deutschen Bildungssystem bestätigt: In Deutschland bestimmt die soziale Herkunft über Bildungschancen von Jugendlichen. Die bayerische Bildungspolitik verstärkt diese Tendenz.

Rotstift und Auslese sind die Grundprinzipien der CSU-Bildungspolitik. Bayern gibt nur 2% seines Bruttoinlandsprodukts für Bildung aus und liegt damit unter dem Bundesdurchschnitt von 2,3%. Die Folgen der Sparpolitik werden in Mittelfranken nicht nur durch Lehrermangel deutlich: Durch die Schließung von Teilhauptschulen und die Bildung von Berufsschulkompetenzzentren gerät die Bildungsversorgung auf dem Land in Gefahr.



Christofer Zwanzig

CSU fördert Soziale Auslese

Gleichzeitig steigt die Belastung für die Eltern - die soziale Auslese wird damit verstärkt. Kommen jetzt noch Büchergeld und Kosten für die Ganztagsbetreuung hinzu, müssen Eltern für ihr Kind bald über 1000 • pro Schuljahr hinzubuttern.

Das dreigliedrige Schulsystem verstärkt die ohnehin schon starke Selektion: 60.000 SchülerInnen bleiben jährlich sitzen, 10% verlassen die Schule ohne Abschluss.

Zur CSU-Politik gibt es Alternativen. Bildung braucht ausreichende Finanzierung: Die BayernSPD fordert die Bildungsmilliarde- für mehr Lehrer, kleinere Klassen und eine flächendeckende Kinder- und Ganztagsbetreuung.

Dreigliedrigkeit überdenken

Die Forderung unseres Grundsatzprogramms sind aktueller denn je: „Sozialdemokratische Bildungspolitik will fördern statt auslesen.“ Die Forderung der Bayern-

SPD nach der 6jährigen Grundschule ist deshalb ein erster richtiger Schritt. Mittelfristig muss die starre Dreigliedrigkeit des Schulsystems zu Gunsten einer Gemeinschaftsschule abgeschafft werden, in der Schule zum Lebensraum und Ort des sozialen Lernens wird. Denn unser Grundsatzprogramm formuliert richtig: „Ziel von Bildung ist nicht nur Qualifikation für Beruf und Fortkommen. Bildung hat Eigenwert für die Entfaltung der Person.“

Vielseitige Probleme

Der neue Arbeitskreis soll sich mit den vielseitigen Problemen der 42-Stunden-Woche, der Polizeireform aber auch mit Themen wie DNA-Analysen, der Änderung des Polizeiaufgabengesetzes und dem gesellschaftlichen Stellenwert der Polizeibeamtinnen und -beamten intensiv auseinandersetzen und die fachlichen Kompetenzen in der Partei bündeln.

Kontakt: Abgeordnetenbüro Stefan Schuster 0911/438 96 60, buero@stefan-schuster-mdl.de

Bildungskampagne

Veranstaltungen des UB Erlangen

(gb) „Keiner darf verloren gehen, für gleiche Bildungschancen“. Unter diesem Motto stand eine Veranstaltungsreihe, die der SPD Unterbezirk Erlangen im Rahmen der Bildungskampagne durchführte. In der Auftaktveranstaltung in Herzogenaurach analysierte Wolfgang Vogel, MdL, die Situation an

Bayerns Schulen und stellte das bildungspolitische Konzept der BayernSPD vor. Die zweite Veranstaltung in Bucken-



Podium mit MdL Dr. Simone Strohmayr

hof befasste sich mit der vorschulischen Entwicklung. Dr. Simone Strohmayr, MdL, berichtete ausführlich über den Erziehungs- und Bildungsplan. Bei der dritten Veranstaltung in Erlangen referierte MdL Angelika Weikert zum Thema „Schule - Ausbildung - Qualifizierung - und dann?“

www.spd-ub-erlangen.de

Nein zu Studiengebühren!

Von Wolfgang Vogel, MdL, stv. Vorsitzender des Hochschulausschusses und Philipp Dees, Sprecher der bayerischen Juso-Hochschulgruppen

CSU und Staatsregierung planen die Einführung von Studiengebühren zum Wintersemester 2006/07. Die SPD-Landtagsfraktion, die BayernSPD und die Juso-Hochschulgruppen haben sich klar dagegen ausgesprochen. Der Zugang zu Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.



Philipp Dees

Behauptet wird: Die Hochschulen haben zu wenig Geld. Nur mit Studiengebühren kann man die Situation für die Studierenden verbessern.

Richtig ist: Die bayerischen Hochschulen sind in der Tat unterfinanziert - wie im Übrigen auch die Schulen und die vorschulischen Einrichtungen. Studiengebühren würden daran aber nichts ändern. In allen Ländern, die Studiengebühren eingeführt haben, hat dies nur dazu geführt, dass der Staat das Geld, das er den Hochschulen zahlt, weiter gekürzt hat. In Australien, Großbritannien und in Österreich haben die Hochschulen heute weniger Mittel als vor der Einführung von Studiengebühren. In Bayern ist das gleiche zu erwarten und teilweise schon eingetreten.

Behauptet wird: Bisher zahlt die Putzfrau mit ihren Steuern das Studium für

den Arztsohn. Mit Studiengebühren würde soziale Gerechtigkeit erreicht.

Richtig ist: Dieses Argument ist durch Studien widerlegt. Jeder Studierende zahlt nach seinem Abschluss aufgrund seines hohen Einkommens soviel mehr Steuern als jemand, der nicht studiert hat, dass er die Kosten seines Studiums mehr als ausgleicht.

Behauptet wird: Mit Studiengebühren würde ein Markt für Bildung geschaffen. Leistung von ProfessorInnen würde endlich belohnt.

Richtig ist: Für uns als SozialdemokratInnen ist Bildung keine Ware, sondern ein Menschenrecht, zu dem jede und jeder Zugang haben muss. Und gute Leistungen von ProfessorInnen in der Lehre lassen sich belohnen, ohne Studiengebühren einzuführen.



MdL Wolfgang Vogel

ReferentInnen zum Thema Bildung

Philipp Dees, Juso-Bezirksvorsitzender
Schule, Hochschule
Tel. 09131/483791
Philipp.Dees@gmx.de

Heidi Koch, Mitglied des Bezirksvorstands
Kindertagesstättengesetz
Tel. 09142/8590
koch.heidi@t-online.de

Christa Naaß, MdL, SPD-Bezirksvorsitzende
Kindertagesstättengesetz
Tel. 09831/612996
christa.naass@spd-online.de

Sandra Radue, Mitglied des Bezirksvorstands
Schule
Tel. 09131/4003763
Sandra.Radue@gmx.de

Helga Schmitt-Bussinger, MdL
Schule
Tel. 09122/17022
buero@schmitt-bussinger.de

Wolfgang Vogel, MdL
Schule, Hochschule
Tel. 09131/8126544
info@mdl-vogel.de

Angelika Weikert, MdL
Schule, Ausbildung
Tel. 0911/4389640
angelika.weikert@t-online.de

Christofer Zwanzig, stv. Bezirksvorsitzender
Schule, Hochschule
Tel. 09131/4003764
Christofer.Zwanzig@spd-online.de

Zukunftsentscheidung zwischen Solar und Atom
Informations- und Diskussionsveranstaltung am Dienstag, 10. Mai 2005 19.30 Uhr
Karl-Bröger-Zentrum
Karl-Bröger-Str., Eingang Colliak.

Dr. Hermann Scheer
Bundesabgeordneter, Präsident von Greenpeace, Vorsitzender des Nationalen Rates für Erneuerbare Energien und Träger des alternativen Nobelpreises

SPD

Termine

17.05.2005, 19.00 h
Treffen der Schwusos Mittelfranken
Café-Bistro „Smiley“,
Johannessgasse 59, Nürnberg

19.05.2005, 9.30 h
Veranstaltung „Halbzeitbilanz“ des
Jungen Netzwerk Kommunalpolitik
mit OB Thomas Jung
Gatschhaus Schwarzes Kreuz (König-
str. 81, direkt neben Rathaus)

25.05.2005, 20.00 h
Kultur im KBZ: Frank Fischer - Form-
vorderschinken

30.05.2005, 18.30 h
Sitzung des AK Polzei
Karl-Bröger-Zentrum, Nürnberg

03.06 - 05.2005, 18.30 h
Seminar Umweltpolitik der Jusos
Mittelfranken
Ort bei philipp.dees@jusos-
mittelfranken.de erfragen

30.05.2005, 18.30 h
Sitzung des AK Polzei
Karl-Bröger-Zentrum, Nürnberg

21.06.2005, 19.00 h
Treffen der Schwusos Mittelfranken
Café-Bistro „Smiley“,
Johannessgasse 59, Nürnberg

04.07.2005, 20.00 h
Kultur im KBZ: Lesung „Der
Befreiungsminister - Gottlob
Kamm und die Entnazifizierung“

Schickt Eure Termine an
robert.kaestner@spd.de!

Impressum

Der Mittelfrankenvorwärts wird drei Mal jährlich von der MittelfrankenSPD, Karl-Bröger-Straße 9, 90459 Nürnberg herausgegeben. Die Redaktion könnt Ihr unter vorwaerts@spd-mittelfranken.de erreichen.
Chefredaktion und Layout: Christofer Zwanzig (cz; V.i.S.d.P.)
Redaktion: Michael Bischoff (mb), Thorsten Brehm (tb), Angelika Roth (ar), Robert Schmitt (rs)
MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Georg Brugger (gb), Claudia Heckl (ch), Steffi Kliem (sk), Roland Münzel (rm), Lothar Trapp (lt), Stefan Schuster (sts), Christian Vogel (cv).
Vertrieb: MittelfrankenSPD
Druck: City-Druck Nürnberg